

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 A.

Inhalt: Maurerelend. — Liberalismus und Sozialdemokratie. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausstellungen, Maßnahmen, Differenzen. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Berichte. — Aus Schweden. — Aus Italien. — Zentral-Frankenkasse: Fünftägige Generalversammlung. — Quittung. — Vom Bau: Unfälle, Arbeitsschutz, Subventionen etc. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Maurerelend.

In Nr. 16 brachten wir unter dem Titel: „Was keiner sieht“ die Zuschrift eines Dresdener Kollegen, eines älteren Mannes, der darin an der Hand seiner zwölf Jahre zurückreichenden Aufzeichnungen nachwies, wie wenig angebracht das landesübliche Gerede von den „hohen Maurerlöhnen“ ist. Der Jahresverdienst des betreffenden Kollegen betrug im höchsten Falle M. 989,07 (im Jahre 1898) und im niedrigsten Falle M. 448,35 (im Jahre 1902), im Durchschnitt der zwölf Jahre M. 704,18. Diese niedrigen Ziffern wurden verursacht durch die häufige Arbeitsunterbrechung; der Kollege feierte nämlich in diesen Jahren siebenmal Wochentagen wegen Krankheit und ebenso lange wegen Streik und ferner 193 Wochen wegen Arbeitslosigkeit; er mußte also genau genommen in acht Jahren den Lebensunterhalt für zwölf Jahre verdienen.

Diese Schilderung großstädtischen Maurerelends hat ihre Aufgabe erfüllt. Wenige Tage nachdem die Nr. 16 des „Grundstein“ ins Land gegangen war, erhielten wir einen Brief von der Leitung des Dresdener Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, unterzeichnet: Ernst Noack. Herr Noack ist der langjährige Vorsitzende des dortigen Bundes und er ist besonders in der letzten Bewegung dadurch bekannt geworden, daß er in die Veranlassung unserer Kollegen ging und dort eine, von seinem Standpunkt aus betrachtet, ausgezeichnete Rede hielt. Das uns zugegangene Schreiben lautet:

Auf den Artikel: „Was keiner sieht“, in Nr. 16 des „Grundstein“, erwidern wir Ihnen, daß das ein trauriger Maurer sein muß, der innerhalb zwölf Jahre rund vier Jahre ohne Verdienst ist; jedenfalls liegt da ein anderer Grund als allgemeiner Arbeitsmangel vor.

Ferner müssen wir bemerken, daß von einer Verringerung des Lohnes und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in Dresden auch keine Rede sein kann; denn Dresden hat, wie Ihnen wohl auch bekannt sein wird, seit 1903 Tarifverträge und gestern ist der neue Vertrag mit einer Lohnaufbesserung schon wieder bis 31. März 1910 zu Stande gekommen.

Einen 45-jährigen, etwas ergaunten Maurer wird sicher kein Innungsmeister seines Alters und Neuzugers wegen entlassen, solange er sich bezüglich seiner Leistungen und seines Verhaltens nichts zu schulden kommen läßt; im Gegenteil, ältere Maurer und erfahrene Leute sind immer begehrt und meist auch voll beschäftigt.

Gerade gegen diesen Punkt müssen wir entschieden Stellung nehmen und Ihnen recht fertigen anraten. Damit Sie einen Einblick in die hiesigen Verhältnisse haben, legen wir Ihnen eine statistische Zusammenstellung über die hiesigen Löhne und Lebensmittelpreise von den Jahren 1903 bis 1907 bei und gestatten Ihnen die Veröffentlichung gern.

Aus dieser Aufstellung, die der Unterzeichnete auch den hiesigen Gewerkschaftsführern unterbreitet hat, werden Sie sehen, daß der Einsender die hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse vollständig entstellte und daß seine große Arbeitslosigkeit einen gewissen Grund hat.

Hochachtungsvoll.

Der Vorstand

des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe zu Dresden.
(Ges.) Ernst Noack, Königl. Hofzimmermeister,
3. St. Vorsitzender.

Vorans es hauptsächlich ankommt, ist die von dem Kollegen aufgestellte und von Herrn Noack bestrittene Behauptung, daß ältere Leute ganz besonders unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hätten. Es ist etwas stark, daß Herr Noack das so entfallen bestreitet, denn auch ihm, als einem alten Baugewerker, muß doch

bekannt sein, daß das eine ganz allgemeine Erscheinung ist. Sie wird dadurch nicht aus der Welt geschafft, daß man sie mit besonderer Behemung bestreitet und leider auch nicht dadurch, daß Herr Noack für seinen Betrieb die Auslese der jüngsten Kräfte nicht vornimmt. Aber er sollte sich hüten, für seine Kollegen in dieser Hinsicht gutzusagen. Er sollte doch einmal die alten Dresdener Maurer und Zimmerer fragen, was diese von seinen Kollegen zu sagen wissen. Eine ganze Menge Poliere sind noch so brutal, den alten Leuten zu sagen: Der Meister hat mir extra verboten, alte Leute einzustellen. Diese älteren Arbeiter haben also nicht nur die Mutmaßung, daß es so ist, wie der Kollege behauptet, sondern sie bekommen es von den Vertretern der Unternehmer selbst oft zu hören. Sogar auf dem Lande, wo der Stundenlohn nur etliche 30 Pfennige beträgt, wird teilweise nach diesem Grundsatz gehandelt.

Das ist doch auch wahrlich kein Wunder. In unserem gewerblichen Leben wütet ein scharfer Konkurrenzkampf, und der zwingt oft selbst solche Unternehmer, die sich dagegen wehren möchten, dazu ohne Rücksicht auf das Schicksal der davon betroffenen Arbeiter, nur die kräftigsten und leistungsfähigsten zu behalten und die anderen auszuschleiden. Und das ist oft, ja meistens die älteren Arbeiter sind, wer wollte das bestreiten? Uebrigens knüpft selbst Herr Noack die Humanität den alten Arbeitern gegenüber an einige Bedingungen und eine davon lautet doch: „solange er sich bezüglich seiner Leistungen nichts zu schulden kommen läßt“. Also wozu da der Streik? Gegenüber der allgemein verbreiteten Arbeitslosigkeit vieler Unternehmer darf ein humaner Mensch nicht die Augen schließen, sondern in je helleres Licht man sie rückt, um so mehr tut man ihr Abbruch. Herr Noack redet von einem „traurigen Maurer“; ja, wenn unser Gewährsmann und gleich ihm viele andere Maurer in ihren älteren Jahren so entkräftet sind, daß Herr Noack ihnen diesen Titel geben zu müssen glaubt, wer hat sie denn so „traurig“ gemacht? Gaben sie etwa in ihrer Jugend die Versteats und Eier und fetten Butterbrote mutwillig von sich geworfen und dafür zur Quarantäne gegriffen? Sind sie aus purer Wollust den Spielplätzen entlaufen und in die staubigen Fabriksäle geschickt? Nein! Wenn die älteren Arbeiter des Baugewerks so entkräftet sind, daß sie sich „bezüglich ihrer Leistungen etwas zu schulden kommen lassen“, so ist das die Folge des kapitalistischen Kindermordes, und für dies an ihnen verübte Verbrechen werden sie heute mit Arbeitslosigkeit bestraft und werden sie zu „traurigen Maurern“ gestempelt.

Ist ja gar nicht wahr, sagt Herr Noack, im Gegenteil: ältere und erfahrene Leute sind immer begehrt und meist auch voll beschäftigt. Wie soll man gegen diese Weltfremde ankämpfen? Wir haben zwar eine Statistik über die Arbeitslosigkeit im Dresdener Baugewerbe, aber Herr Noack wird sie nicht gelten lassen wollen. Sie erstreckt sich auf rund 3000 Maurer, die in dem Jahre 1904 im Dresdener Lohngebiet arbeiteten; dies Jahr war für die Bauwirtschaft verhältnismäßig günstig. In diesem Jahre waren von 3000 Maurern in Dresden und Umgegend 786 Maurer 12 Wochen und mehr arbeitslos. Witterungseinflüsse und Materialmangel sind hier als Arbeitslosigkeit gerechnet. Wären diese 786 Maurer nur 12 bis 13 Wochen arbeitslos, dann kämen auf 12 Jahre schon 3 Jahre Arbeitslosigkeit. Leider ist die über 13 Wochen hinausgehende Arbeitslosigkeit in der Statistik nur summarisch bearbeitet. Man kann aber wohl damit rechnen, daß ein Drittel der 786 Maurer eine Arbeitslosigkeit von 17 Wochen hat durchmachen müssen. Das wären in 12 Jahren auch 4 Jahre Arbeitslosigkeit. Da braucht unser Gewährsmann kein

besonderer Mensch zu sein, um 4 Jahre Arbeitslosigkeit zusammenzubringen.

Wir wollen dies auch noch von einer anderen Seite zeigen. Nur wegen Arbeitsmangels waren arbeitslos: Junggefelln bis 20 Jahre 74 Tage, Kollegen von 20 bis 25 Jahren 60, über 25 bis 30 Jahre 52, über 30 bis 40 45, über 40 bis 50 61, über 50 bis 60 68, und über 60 bis 70 Jahre sogar 77 Tage im Jahre. Es läßt sich also nicht abstreiten, daß die Arbeitslosigkeit mit den Jahren zunimmt. Wir haben schon erwähnt, daß das Jahr 1904, auf das sich unsere Zahlen beziehen, für Dresden eines der besseren Baujahre war. 1900, 1901, 1902, 1906 und 1907 waren die schlechtesten Jahre, die wir in Dresden seit 1879 kennen. Unser Gewährsmann war 1896 45 Jahre alt und heute ist er 57. Da er nicht behauptet hat, daß er jetzt 45 Jahre alt sei, so haben wir gar nichts zu berichtigen, sondern überlassen es dem Leser, seine Schlüsse zu ziehen.

Wir müssen nach alledem sagen: die Meinung des Herrn Noack über den Grad der Arbeitslosigkeit ist recht sachlich. Als wir noch die Schulbank drückten, hatten wir einen Rektor, der gelegentlich auch sein Teil zur „sozialen Aufklärung“ beizutragen wollte. Dann sagte er: „Es gibt ein goldenes Wort, das lautet: Wer gesund ist und arbeiten will, der findet überall noch Arbeit!“ Dies Sprüchlein gab er uns auch bei der Entlassungsfeier mit auf den Lebensweg. Oft, wenn wir später noch so lange das Straßengitter getreten hatten, ohne die eifrig gesuchte Arbeit zu finden, mußten wir an dies Männlein denken. Indes, er war ein Schulmeister; Herr Noack aber ist ein Mann der Praxis, er sollte es besser wissen als unser Rektor und auch besser als jener ungarische Richter, von dem wir vor einiger Zeit folgendes Geschichtchen lasen:

„Vor dem Budapest Gerichtshof fand vor einigen Tagen die Verhandlung gegen einen wegen Aufreizung zum Klassenhaß angeklagten, sozialistischen Agitator“ statt. Präsident Sarfany rebete dem Verbrecher ins Gewissen, den Haß gegen die heutige Gesellschaftsordnung aufzugeben, denn die Gesellschaft sei besser als ihr Ruf. — In Ungarn könne jeder brave Arbeiter, wenn er nur wolle, täglich unbedingt fünf Kronen verdienen. ... Am nächsten Tage erschien im Infernetteil zweier Budapest Blätter folgender Aufruf: „Arbeiter! Wer täglich fünf Kronen verdienen will, melde sich: VIII. Bezirk, Barockgasse Nr. ...“ (Die genaue Wohnungsadresse des Gerichtspräsidenten Sarfany.) Seitdem ist es um die Ruhe des Herrn Sarfany geschehen. Von früh bis abends melden sich Hunderte und Hunderte von Arbeitern in seiner Wohnung und suchen um Arbeit an. Vor dem Hause des Gerichtspräsidenten herrscht zu manchen Stunden des Tages ein lebensgefährliches Gedränge der Arbeitssuchenden, so daß selbst die Polizei intervenieren mußte. Nun hat man die erwähnten beiden Zeitungen erfährt, die gefährliche Anzeige nicht mehr zu publizieren, und die übrigen Zeitungen gebeten, über die Sache zu schweigen. Man hofft, damit die gestörte soziale Ordnung wieder ins richtige Geleise zu bringen.“

Ob die Geschichte wahr ist, tut nichts zur Sache, denn sie kann wahr sein, sie kann auch in Deutschland fast in jeder Stadt passieren. Man macht sich nur schwer eine Vorstellung davon, wie groß die Unkenntnis bürgerlicher Kreise in bezug auf Arbeiterverhältnisse ist. Einer, der es wohl wissen kann, der bekannte Professor Sombart, schreibt in seiner Monographie „Das Proletariat“:

„Wir, die wir in fatter Selbstgefälligkeit auf der Sonnenseite des Lebens dahinschwärmen, wissen ja so blutwenig von den großen Leiden und den kleinen Freuden derer, die im Schatten schreiten. Wir kennen

die Lebensgewohnheiten der großen wimmelnden Masse unserer Mitbürger viel schlechter als die der Waage und Singalefen . . . Wann sehen wir einmal etwas von dem Proletariat des eigenen Landes? Wann sehen wir, wie es den Tag beginnt, wie es ihn verbringt, wie es ihn endigt?

So ist's! Das mag Herrn Noack zu hart sein, und wir wollen gern zugeben, daß das auf ihn nicht in vollem Umfange zutrifft; aber daß auch er des richtigen Blickes zur Würdigung der Lebensverhältnisse der Arbeiter ermangelte, das ist wahr. Und das beweist nichts besser als seine eigene Statistik. In dieser führt er, gestützt auf die Lohnbücher des eigenen Betriebes und der Betriebe anderer Firmen, einige Jahresverdienste an. Im Jahre 1903 betrug der Jahresverdienst in diesen Betrieben, bei zehnstündiger Arbeitszeit und 46 Wochen Beschäftigung, für Maurer M. 1119,92, für Zimmerer M. 1152,41, für Bauhilfsarbeiter M. 902,12. Im Jahre 1907 betrug der Lohn bei zehnstündiger Arbeitszeit und ebenfalls 46 vollen Arbeitswochen für Maurer M. 1353,12, für Zimmerer M. 1354,86, für Bauhilfsarbeiter M. 1121,79. Trotz der Verkürzung der Arbeitszeit um 10 pSt. ist das Einkommen also bei den Maurern und Zimmerern um 20,8 pSt., bei den Bauhilfsarbeitern um 24,4 pSt. gestiegen.

Auch Herr Noack steht ein, daß mit diesen Zahlen nicht viel Staat zu machen ist, weil es eben nicht viel Maurer in Dresden geben wird, die 46 Wochen arbeiten können. Aber, meint er, dafür sind sie eben Saisonarbeiter; das ist nie anders gewesen, und Leute, die auf Ordnung halten, wissen schon, was sie in der faulen Zeit anzufangen haben. Da Herr Noack das so fleißig behauptet, so scheint auch er es zu wissen; leider sagt er es nicht. Er macht uns dann noch mit den Löhnen anderer Berufe in Dresden bekannt, die für eine Beschäftigungsdauer von 52 Wochen berechnet sind. Sie betragen für Tischler M. 1500, für Schlosser 1300, Glaser 1100, Klempner 1400, Tapezierer 1100 und für Schmiede M. 1200. Damit soll bewiesen werden, daß die hausgewerblichen Arbeiter den Arbeitern der meisten anderen Berufe mit dem Einkommen weit voraus seien. Wir haben schon bemerkt, daß der sogenannte „Jahresverdienst“ der hausgewerblichen Arbeiter sehr fragwürdiger Art ist, weil sie bei weitem nicht immer beschäftigt sind. Doch selbst wenn das Einkommen unserer Kollegen wirklich und in allen Fällen M. 1350 bzw. M. 1120 betragen würde, könnten wir darob noch kein Loblied anstimmen. Diese Löhne sind für eine Großstadt von dem Umfange Dresdens noch ganz unzulänglich. Gewiß läßt sich damit „leben“, wie Herr Noack sagt, aber wie muß damit gelebt werden! Welche Kunststücke muß eine Arbeiterfamilie anstellen, die vielleicht nur aus fünf Personen besteht, um davon noch neben der Befriedigung des Nahrungsbedürfnisses Wohnung, Kleidung, Körperpflege, Bildung usw. bestreiten zu können? Und dann hat sie doch erst vegetiert — denn zum Leben gehört doch wohl auch noch etwas mehr.

Also mit der Gegenüberstellung von Maurerlöhnen und den Löhnen anderer Arbeiter ist es nicht getan, das beweist eben nur, daß die Niedrigkeit Dresdens allgemein ist. Neben dem Starrsinn der Unternehmer hat besonders die andauernd schlechte Bautätigkeit in Dresden Schuld daran, daß die Organisationskraft noch nicht höhere Löhne erringen konnten. Fällt der letztere Grund fort, so wird sich Herr Noack bemühen müssen, bessere Gründe für seine Sache zu finden, und er muß ihnen auch ein besseres statistisches Relief geben; was er uns diesmal geboten hat, hat dann, keinen Rucks mehr.

Liberalismus und Sozialdemokratie.

III.

Wieundvierzig Jahre sind vergangen, seit Ferdinand Lassalle in der „melancholischen Meditation“, die er als Nachwort zu seiner ökonomischen Hauptarbeit „Gerr Sozial-Schulde von Deutscher oder Kapital und Arbeit“ gab, in herber Weise mit dem liberalen deutschen Bürgertum ins Gericht ging. Er warf diesem Bürgertum in dem Lande Lessings und Kants, Schillers und Goethes, Fichtes und Hegels absolute geistige Verwilderung und Charakterlosigkeit sondergleichen vor, wie es sechzig Jahre früher schon Johann Gottlieb Fichte in seinen „Reden an die deutsche Nation“ getan hatte. Den geistigen Ausdruck des liberalen Bürgertums kennzeichnete Lassalle dahin, daß auf dasselbe von der immensen geistigen Arbeit, von der innerlichen Weltwunde, die unsere Geistesheroen vollbracht haben, nichts gekommen ist; daß ihm die Unabhängigkeit des Denkens als das erste bürgerliche Verbrechen erscheint. „Der Verfallungsprozeß der europäischen Bourgeoisie“, sagt Lassalle wörtlich, „ist überall in vollem Gange. Aber in Deutschland hat das Bürgertum, die wichtigsten Säule angenommen.“

Lassalle führte die Ursachen dieser Erscheinung auf die Kleinlüttereie und Kleinstaaterei zurück, die die nationale Wiedergeburt als Deutsche verhindern. Nach der Behauptung der bürgerlichen „Patrioten“, wie überhaupt der reaktionären Politiker, soll diese Wiedergeburt im Jahre 1871 mit Gründung des Deutschen Reiches erfolgt sein.

Ist das Bürgertum mit diesem Ereignis oder infolgedessen anders geworden? Ist es aus der geistigen Verwilderung zur geistigen Kraft und Läuterung gelangt? Hat es sich herausgerungen aus der politischen Charakterlosigkeit und Bestrebungen bestimmten Charakter anzunehmen?

Die Antwort auf diese Fragen kann nur ein entschiedenes Nein sein. Die liberale deutsche Bourgeoisie hat die nationale Einheit nur benutzt als Basis für die Verwirklichung einer dem nationalen Wohl und dem nationalen Geist widerstehenden Sonderinteressenwirtschaft. Sie hat den letzten Rest von Selbstachtung und Selbstwertungen verloren in dem Bestreben, sich um dieser Interessen willen den herrschenden reaktionären Gewalten untertänig und dienstbar zu erweisen. In immer stärkerem Maße ist Gerbilist nach oben und Godmut und Annäherung nach unten der ausgeprägte Zug seines Wesens geworden. Die erdrückende Mehrheit unseres Bürgertums hat den Liberalismus abgelehnt. Im Kampf der bürgerlichen Parteien gegeneinander, der nichts anderes als ein Kampf für Ausbeutungsinteressen der verschiedenen Art ist, sowie in der steten Umbildung und Zerlegung dieser Parteien offenbart sich uns der Zerfallsprozeß der Bourgeoisie und der bürgerlichen Gesellschaft selbst.

Von einer inneren Einheit, von einer wirklichen Interessengemeinschaft der bürgerlichen Parteien und Klassen kann keine Rede sein. Allerdings treten sie alle ein für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaft; dabei aber kommen die verschiedensten widerstreitenden Voraussetzungen und Bestrebungen zum Ausdruck. Ist das schon im gewöhnlichen und „normalen“ Leben der Fall, um wieviel mehr in den Tagen hochgehender politischer Erregung, besonders dann, wenn sich's um die Neuwahlen zum Reichstage handelt. Da plagen die bürgerlichen Interessengegenstände härter und bemerkbarer aufeinander, als sonst.

Wir haben so oft erlebt, wie die sogenannten „staats-erhaltenden“ Parteien mit wahrer Verfeinerung aneinander gerieten und sich mit den unlauteften Mitteln bekämpften. Wie sie alle in gleicher Weise mit Lüge, Verleumdung und demagogischen Kniffen gegen die Sozialdemokratie sich wandten, so bedienen sie sich derselben Mittel auch in ihrem Streite unter sich. Da läßt keine dieser Parteien an der andern ein gutes Haar; die eine sucht die andere in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Was ist in dieser Hinsicht in den Wahlkämpfen nicht alles geleistet worden. Stizzieren wir das einmal in kurzen Zügen: Die Konserbativen, die Sippen der Junker und der orthodoxen Gottesdiener, beschuldigen den Liberalismus; die „Quelle alles Unheils und Verderbens“, das über Staat und Gesellschaft gekommen, zu sein. Der Liberalismus wird bezeichnet als die „Vorfürst“ bzw. als „Vater der Sozialdemokratie“. Er wird verantwortlich gemacht für alle wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe; die Vernichtung des Mittelstandes soll das Werk seiner Politik sein; seine Gesetzgebung wird geschildert als ein Fluch für die Nation. Offen ist in Wahlflugblättern der Konserbativen und der Ultramontanen, sowie auch der Antisemiten erklärt worden: Die liberalen Parteien seien, genau betrachtet, auch nur „Umgrupparien“, die Verfechter der „goldenen Internationalen“ und deshalb mit demselben Maße zu messen, wie die Sozialdemokratie.

Der Liberalismus hingegen sagt den Konserbativen, daß sie das Unglück der Nation sind, lediglich bestrebt, allen Fortschritt zu verhindern.

Den Ultramontanen erklärt der Liberalismus, daß sie dem gleichen Streben huldigen und wegen ihrer Unterordnung unter den römischen Papst als gefährliche Menschen zu bezeichnen sind, die kein nationales Bewußtsein haben. Sind die Ultramontanen und die Konserbativen einig in der Verurteilung des Liberalismus; so gehen sie feindselig weit auseinander in ihren Bestrebungen um die politische Macht und die „Regulierung“ ihrer kirchlichen Interessen. Der protestantisch-orthodoxe Konserbativismus, der auf sein „protestantisches Kaiserium“ pocht und sich einen sogenannten „Christlichen Staat“ konstruieren möchte, ist innerlich völlig unvereinbar mit Charakter und Tendenz des Ultramontanismus, dem die Interessen der unübersehbaren katholischen Kirche über alles gehen.

Die Reichen der Konserbativen und der Ultramontanen werden gespalten von den Agrarabwägungen, die eine spezielle Interessenpolitik verfolgen. Der Antisemitismus, dieses „entartete“ Kind des Konserbativismus, wird vom eigenen Vater in Verruf erklärt und bekämpft. Das Kind flüchtet sich in die Arme der Agrarabwägungen.

Und die liberalen Parteien unter sich? Es sind ihrer vier. Welche Lebenswürdigkeiten haben sie einander schon angetan? Die Nationalliberalen verurteilen den Frei-

sin als „entarteten Liberalismus“, während der Freisinn den Nationalliberalismus als „Partei des Verfalls an der liberalen Sache“ bezeichnet, besonders in Rücksicht auf die Tatsache, daß nicht wenige Nationalliberalen, um ein Reichstagsmandat zu retten, sich zu politischen Anträgen der Agrarier degradieren haben.

O, sie bieten ein erbärmlich Bild, die bürgerlichen, die „staats-erhaltenden“ Parteien, von denen die eine der anderen im Wege ist! Und wie dann wieder die bürgerlichen Zeitungen sich so gut darauf verstehen, denselben Bürgertum, dessen politische Korruption gerade sie mit verschuldet haben, „politische Moral“ zu predigen! Alle bürgerlichen Blätter, ohne Unterschied der Richtung, sind so oft gewesenen von Klagen über die politische Gleichgültigkeit und Impotenz des Bürgertums, über seine Unfähigkeit, die Sozialdemokratie auf's Haupt zu schlagen, sich zu sammeln auf dem Boden einer „staats-erhaltenden“ Politik.

Diese Klagen enthalten für den objektiv und vernünftig urteilenden Politiker lediglich das Eingeständnis der Tatsache, daß die Korruption des politischen Geistes der bürgerlichen Klassen auf dem Punkte angekommen ist, wo der unaufhaltsame Widerstreit ihrer Interessen, sich vollziehend unter dem Eindruck der Erkenntnis, daß ein „Ausgleich“ dieser Interessen zu den Unmöglichkeiten gehört, geradezu lähmend auf diese Klassen wirkt.

In Hinsicht auf diese Tatsache ist es interessant und lehrreich, zu beobachten, wie regelmäßig vor den Stühnwahlen in allen staats-erhaltenden Parteien der Appell an die politische Charakterlosigkeit der herrschenden Klassen ertönt. Denn etwas anderes als ein solcher Appell ist es nicht, wenn diese Parteien einander vor Unterfällung am Stühnwahltag auffordern zu dem Zweck, weitere Siege der Sozialdemokratie zu verhindern. Der liberale Bürgermann soll im Grunde mit dem konserbativen Junker, der erklärte Reaktionär soll mit dem erklärten Freisinnigen Hand in Hand die „Ehre der Nation“ retten.

Um dieses Zwedes willen soll für den Stühnwahltag vergeben und vergessen sein, was die „staats-erhaltenden“ Politiker an Leid einander zugefügt. Die politische Charakterlosigkeit soll zur Schande der deutschen Nation einen Triumph feiern.

Dafür hat die letzte Reichstagswahl ja geradezu drastische Beispiele gebracht. Zwar kann, wie die im Januar und Februar 1907 gemachte Erfahrung lehrt, die Politik der Charakterlosigkeit habirten, daß die Sozialdemokratie Reichstagsmandate verliert. Aber ihr Ersinken als Partei kann diese Politik nicht verhindern, sie hilft vielmehr mit dazu, daß die arbeitenden Klassen sich fester zusammenschließen zu der von der Sozialdemokratie gebildeten großen Volkspartei, um gegenüber dem „staats-erhaltenden“ Mischmaß die Würde und Wohlfahrt, die Freiheit und das Recht der Nation immer energischer zu verteidigen.

Wie Recht hatte doch Lassalle, als er das große Wort aussprach, daß nur die in der politischen Überzeugung unabhängige Arbeiterklasse in der entscheidenden Überlegenheit ihres Geistes und Charakters die Trägerin wahrhaft sittlicher Grundzüge und des wahrhaft nationalen Geistes sein werde.

Dieses Wort erfüllt sich immer mehr. In denselben Maße, wie die „staats-erhaltenden“ Parteien immer charakterloser werden, stärkt und läutert die Arbeiterklasse ihren Charakter. Von der Wirkung dieses Charakters ist die Zukunft der deutschen Nation abhängig.

Politische Umfahn.

Die Erhöhung der preussischen Zivilliste. Im monarchisch-konstitutionellen Staat bildet die Zivilliste einen Teil der etatsmäßig festgelegten Staatsausgaben, die aus den Steuern der Bürger bestritten werden. Solch eine Zivilliste, die zur Bestreitung der persönlichen Bedürfnisse des Monarchen und seiner Familie, seines Hofstaates usw. bestimmt ist, repräsentiert immer eine ganz erhebliche Summe. Vor 1860 muhten die preussischen Könige sich mit 7 700 000 begnügen. Im Jahre 1868 wurde die „kleinmögliche“ auf 9 200 000 erhöht. Als Wilhelm II. zur Regierung gelangte, belief sie sich auf 12 1/2 Millionen; seitdem ist sie auf rund 16 Millionen erhöht worden. Es ist das natürlich nicht das einzige Einkommen, welches der König von Preußen hat; er verfügt auch noch über sehr reich Einkünfte aus den Staatsdomänen und außerdem über ein sehr bedeutendes festes Privatvermögen.

Vor einiger Zeit bereits ging die Mitteilung durch die Presse, daß dem preussischen Randtage eine weitere Erhöhung der Zivilliste bis zu etwa 17 Millionen Markt ausgemittelt werden soll. Weiter verlautete, auch der Reichstag solle dazu beitragen; die Einkommensverhältnisse Wilhelms II., der als Kaiser keine Zivilliste bezieht, aufzuheben, und zwar in Form einer jährlichen Reichsdotations.

Diese Mitteilungen sind mehrfach dementiert worden, aber immer wieder aufs neue und immer bestimmter aufgetreten. Nach langem Schweigen ist nun endlich von „maßgebender Stelle“ die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ermächtigt worden zu einer Erklärung, die dahin geht, daß eine Reichsdotations nicht beabsichtigt sei. Aber über die Erhöhung der preussischen Zivilliste schweigt die offizielle Notiz vollständig aus; die diesbezüglichen Mitteilungen werden nicht dementiert. Darans zieht die Presse aller Parteien den ohne Zweifel ganz richtigen Schluß, daß in der Tat eine Erhöhung der Zivilliste beabsichtigt ist. Als Grund dafür ist folgendes angegeben worden: Die Hofverwaltung könne mit den

16 Millionen jährlich nicht auskommen; die Verteilung der Lebenshaltung macht einen höheren Gehalt notwendig; auch sei auf die Erhöhung der Gehälter der Postbeamten Rücksicht zu nehmen.

Diese Begründung hat den lebhaften Widerspruch selbst „gut geheißen“ und königstreue Blätter hervorgerufen. Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ trägt kein Bedenken, den preussischen Hof zur Sparsamkeit, zur Einfachheit, zur Einschränkung in den Ausgaben für Prunk und glanzvollen Schimmer zu ermahnen. Wohllich sprechen liberale Blätter sich aus. Darauf ist nun natürlich nichts zu geben. Wie die Erfahrung lehrt, lassen es die Konservern wie auch die Liberalen bei solchen Gelegenheiten immer mit großen Worten bewenden. Kommt es zum Klappen, so ermahnen sie sich, daß sie ja doch Generalpächter der „monarchischen Gewinnung“ sind und als solche nichts abschlagen können, was im Interesse des Monarchen gefordert wird. Die Stellungnahme der konservern und liberalen Kreise gegen die Erhöhung der Beihilfe ist nur daraus zu erklären, daß ihnen die Mitteilung darüber vor dem Landtagswahltag nicht unangenehm gekommen ist. Später werden alle die „Gutgeheißenen“ schon mit sich reden lassen.

Die Meinung der erdrückenden Mehrheit der preussischen Bevölkerung ist, daß die Beihilfenerhöhung sich in keiner Weise rechtfertigen läßt. Schon die Einrichtung der Beihilfe an sich kann vor dem Urteil demokratisch denkender Staatsbürger nicht bestehen. Weshalb denn muß eine Staatsbürgerbeihilfe sein, weshalb müssen punktuelle Gehalts- und sonstige kostspielige Beamteneinkünfte? Sie sind durchaus keine Notwendigkeit. Das Geil des Staates hängt nicht an höflichem Gepränge. Nach rein konstitutionellen Begriffen ist der Monarch nichts anderes als der oberste Beamte des Staates, und diese seine Eigenschaft rechtfertigt nicht die Zuwendung einer nach vielen Millionen zählenden Beihilfe.

Aber ganz abgesehen davon kommt folgendes in Betracht: Mit einem aus den Taschen der Steuerzahler fließenden Einkommen von 16 Millionen kann auch ein Monarch schon ein recht erträgliches Dasein führen. Wenn Arbeiter und kleine Beamte unter Verurteilung auf die Verteilung der Lebenshaltung höhere Löhne resp. Gehälter fordern, sind sie oft der schärfsten Verurteilung ausgesetzt. Man schimpft über ihre „maßlose Begehrlichkeit“, über ihre „Genußsucht“, man sagt ihnen, sie sollen sich „einrichten“, sich „nach der Deke strecken“, langst ihre Einkommen nicht für Fleisch, dann sollen sie sich mit Geringem begnügen und Kartoffeln begnügen. Immer sagt man den notleidenden Massen, Becheidenheit und Bedürfnislosigkeit müßten ihre hauptsächlichsten Tugenden sein. Den Beamten des Königs von Preußen, die das Projekt der Beihilfenerhöhung angesetzt haben, möchten wir raten, zu erwägen, daß, wenn die jetzige Einrichtung des Hofes mit 16 Millionen nicht auskommt, eine andere Einrichtung zu treffen ist, die einen höheren Aufwand nicht erfordert. Was die Befolgung von Hofbeamten anbetrifft, so hat das Volk daran nicht das geringste Interesse; denn für das Staatswohl könnten diese Beamten gar nicht in Betracht.

Über die gegenwärtige Wirtschaftslage sind die Meinungen sehr geteilt. Von vielen Seiten ist die Befriedigung geäußert worden, daß eine weitere Verschärfung der wirtschaftlichen Verhältnisse vor sich gehe und die Krisis noch lange nicht auf ihren Höhepunkt gelangt sei; die hier und da behauptete Besserung sei nur eine Scheinbare; der Höhepunkt der Krisis stehe noch bevor. Diese Meinung findet sich u. a. darauf, daß nach den Ausweisen der öffentlichen Arbeitsvermittlung in den meisten deutschen Städten die Gestaltung des Arbeitsmarktes immer noch ungünstig sei. Dem gegenüber schreibt die „Deutsche Arbeiterzeitung“:

„Wir sind in der Lage, zu erklären, daß dem amtlichen Ausweis zufolge die Mitgliederzahl der Orts-Frauenvereine durchaus nicht abgenommen, sondern vielmehr zugenommen hat; noch erheblicher ist die Zunahme der Mitglieder der Betriebs-Frauenvereine. Diese Tatsache ist in Verbindung mit anderweitigen Meldungen über die Besserung der Konjunktur durchaus geeignet, den vielfach wiedergegebenen Versicherungen über die Fortdauer der wirtschaftlichen Depression speziell bei uns in Deutschland Abbruch zu tun. Im übrigen wird damit die Wichtigkeit unserer wiederholt aufgestellten Behauptung bestätigt, daß die Verhältnisse der öffentlichen Arbeitsvermittlungstellen durchaus keinen Rückschlag auf die Gestaltung der Wirtschaftslage zulassen.“

Die Zunahme der Zahl der Mitglieder in den Orts-Frauenvereinen ist nach unserem Ermessen an sich und allein kein stichhaltiger Beweis für die Besserung der Wirtschaftslage im allgemeinen. Wenn daraus eine Besserung der Lage einzelner Industriezweige gefolgert werden kann, so fragt es sich doch, ob sie von Belang ist und von Dauer sein wird. Solange die Krisis im allgemeinen nicht überwunden ist, haben solche vereinzelten Besserungssymptome nicht viel zu bedeuten. In einem Punkte hat die „Arbeitsbegeisterung“ ungewissheit recht: es fehlt bei uns an einer amtlichen Statistik, die sich über so sehr wichtigen und notwendigen Aufgabe unterzieht, über die Gestaltung des Arbeitsmarktes, über die Wirtschaftslage im allgemeinen, fortlaufend und genau zu unterrichten. Solch eine Statistik hat die Sozialdemokratie und in den freien Gewerkschaften organisierte Arbeiterkraft schon lange, aber bis jetzt leider vergeblich gefordert. Nach ihrem Vorschlag soll die zu schaffende „Arbeiterinteressen-Vertretung“ diesen wichtigen Zweig der Wirtschaftspolitik mit umfassen. Da kommt es vor allen Dingen auf eine gründliche, genaue und umfassende „Arbeitslosenstatistik“ an. Diese aber, sowie der Nachweis der wirtschaftlichen Lage überhaupt, kann nicht zu Stande kommen ohne die Mitwirkung der Arbeiterorganisationen. Diese aber wollen ja die „maßgebenden“ Faktoren in Staat und Reich nicht anerkennen.

Gewerkschaften und Reichsvereinsgesetz. Für das Verhalten der Gewerkschaften unter dem Reichsvereinsgesetz veröffentlicht der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Reichstagsabgeordneter

Regien, unter Anführung von Regierungserklärungen und gerichtlichen Urteilen folgende Anweisungen: § 3 des Vereinsgesetzes (Anzeige, Einreichen von Statut und Vorstandserklärung) kann auf Gewerkschaften, da sie keine politischen Vereine sind, keine Anwendung finden. Die Gewerkschaften haben daher der Polizeibehörde weder ein Statut noch das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes einzureichen und, falls sie dazu aufgefordert werden, die Einreichung zu verweigern. Auskunft über den Verein und dessen Mitglieder zu geben, sind die Gewerkschaften nicht verpflichtet. Zahlstellen und Zweigvereine gewerkschaftlicher Zentralverbände können nicht als selbständige Vereine angesehen werden. Die Gewerkschaftsstatuten unterliegen nicht dem Vereinsgesetz. Sollten trotzdem die Polizeibehörden Strafverfügungen erlassen, so ist in allen Fällen Einspruch zu erheben und eine Entscheidung der Gerichte herbeizuführen. Die Gewerkschaften haben das Recht, Frauen und Ausländer aufzunehmen. Versammlungen, an denen Ausländer teilnehmen, dürfen deswegen nicht aufgelöst werden. In allen Fällen, in denen die Polizei wegen ungenügender Beschaffenheit eines Lokals eine Versammlung im voraus verbietet, wird Beschwerde zu führen sein, sobald das Lokal aus sicherheitspolizeilichen Gründen nicht für den allgemeinen Verkehr gesperrt ist. In öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen darf — sobald nicht gefährliche oder landesrechtliche Ausnahmen zugelassen sind — nur Deutsch gesprochen werden. Es werden daher von den Gewerkschaften für fremdsprachige Arbeiter private Zusammenkünfte zu arrangieren sein, für die der Sprachvermerk nicht gilt, ebensowenig wie für Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften. Das sind dieselben Ratsschläge, die wir in unserem Artikel in Nr. 19 den Kollegen gaben.

Maurerbeziehung.

Streiks, Aussperrungen, Masseregelnungen, Differenzen.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Mansau: Travemünde (Sperrung über Schörmann), Lübeck (Sperrung über Görner & Hoidenreich);

Schleswig-Holstein:

Isnel Fehmarn, Kappeln a. d. Schl. (Aussperrung), Rendsburg (Sperrung über das Rader Kolkwerk, das Stahl- und Walzwerk und die Karlschütte);

Mecklenburg:

Güstrow (Sperrung über Thielke), Sülze (Sperrung über Holdorf);

Brandenburg:

Wittstock a. d. N., Prenzlau, Woldenberg, Templin (Streiks), Nowawes (Sperrung über Michaelis), Schwerin a. d. W. (Differenzen);

Pommern:

Pyritz, Wolgast (Differenzen), Jarmen (Sperrung über Brand & Heidschmidt), Pölitz (Streik);

Ost- und Westpreußen:

Graudenz (Sperrung über Karluth), Lautenburg (Streik), Hammerstein (Sperrung über Kofahl und Karge);

Posen:

Hohensalza (Streik);

Schlesien:

Märzdorf (Sperrung über Scheundel in Grebelwitz);

Königreich Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse, in L. Gohlis R. Thiele, Landsbergerstrasse, in L. Leutzsch Eisengießerei E. Becker & Co., in L. Mückern K. Edlich, Hühnerbeinerstrasse, und M. Steyskal, Sohrstrasse), Mülsen-St. Niklas (Sperrung über Ferd. Döhn), Nantkeberg (Sperrung über David Ludley und L. Loos), Kauschberg (Sperrung über Bantzmann aus Lützen);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Gracau b. Magdeburg (Sperrung über Weingart), Merkwitz b. Halle (Sperrung über Becker);

Thüringen:

Zechau (Sperrung über die Firmen Oweck & Böttcher und A. Dietze in Rositz und O. Müller in Monstab), Arnstadt (Sperrung über Gressler);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lipp:

Norderney (Aussperrung), Visselhövede, Stadthagen, Herzberg a. H. (Streiks), Milsburg (Sperrung über die Zementfabrik „Germania“);

Westfalen und Rheinland:

St. Johann (Sperrung über Ackermann in Merchweiler);

Hessen und Waldeck:

Heppenheim a. d. Bergstrasse (Sperrung über F. Gg. Held), Darmstadt (Sperrung über Raab, Kirsch, Schmidt und Pfeifer in Hahn);

Baden-Pfalz:

Kaiserslautern, Dürkheim (Streiks), Mannheim-Ludwigshafen (Sperrung der Isolierer über die Mannheimer Isolierwerke und die Korksteinfabrik);

Bayern:

Wasserburg (Sperrung über Nabauer), Pfarrkirchen (Streik);

Friesenleger:

Rheinland-Westfalen (Abwehrstreiks), Frankfurt a. M. (Streik);

Oesterreich:

Gloggnitz, Kaaden, Kladno, Königsberg, Prerau, Rovereto, Saaz, Spalato, Taus, Troppan, Ung. Hradisch.

Gau Bremen.

Die Aussperrung auf Norderney, die nun schon seit dem 1. Oktober 1907 dauert, besteht noch ununterbrochen fort. Der Unternehmerverband versucht, unter Anwendung des schamlosen Terrorismus, unsere noch auf der Insel beschäftigten Kollegen fortzujagen. Noch immer arbeitet der Unternehmerverband mit dem Mevets zu Gunsten der „Christen“, welcher lautet:

„Ich melde mich hiermit bei dem Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands an und erkläre, daß ich aus dem freien Verbanne der Maurer ausgetreten bin und der sozialdemokratischen Partei nicht anhöre.“

Als am Freitag in Bremen über die noch strittigen Punkte der abzuschließenden Beiträge verhandelt wurde und auch über Norderney gesprochen werden sollte, hatten die Norderneyer Unternehmer es vorgezogen, nicht anwesend zu sein. Aber Herr Neumann-Norden, der auch Vorsitzender für Norderney ist, mußte es mit annehmen, in welcher schamloser Art und Weise das Unternehmertum gegen unsere Kollegen dort vorgeht. Herr Neumann suchte die Sache der Norderneyer Unternehmer noch zu verteidigen, er wußte aber, daß selbst seine Kollegen aus anderen Orten doch etwas anderes Meinung darüber sind. Es soll nun ein Vertragsverhältnis für alle Organisationen auf Norderney herbeigeführt werden. Die christliche Organisation spielt auf Norderney eine tragische Rolle. Trotz der Zentralvorstände des christlichen Verbandes bei den Verhandlungen in Berlin erklärte, daß der Vertrag mit den Unternehmern auf Norderney ohne Wissen des Bundesvorstandes zu Stande gekommen sei, auch vom Mevets nicht als zu Recht bestehend betrachtet werde, hatten die Norderneyer „Christen“ noch immer nach Streitbrechen und haben auch das Vertragsverhältnis nicht auf Norderney und Königsberg werden für die christlichen Bauhandwerker ewige Schandfleck ihrer Organisation bleiben.

In Visselhövede besteht gleichfalls die Aussperrung fort. Eine Verhandlung am Dienstag, den 26. Mai unter Vorsitz des Bürgermeisters von Visselhövede führte zu nichts. Die Unternehmer verlangen, daß noch für die Jahre 1908/9 die zehnjährigen Arbeitszeit bestehen bleiben soll. Dann soll für das Jahr 1909 der Stundenlohn um 2 1/2 aufgebessert werden. 1910 soll nach die 10 stündige Arbeitszeit eingeführt werden. Darauf konnten sich unsere Kollegen nicht einlassen, hat doch die 10 stündige Arbeitszeit bereits seit 1906 bestanden. Der Kampf wird also weiter geführt. Bei dieser Verhandlung erleben wir noch ein verärgertes Kuriosum. Beim Zusammentritt der beiden Parteien hatte sich auch der Generalarm eingefunden und sich einen Platz reserviert. Auf die Frage des Kollegen Hildebrand, was die Staatsgewalt hier wolle, es fände hier doch eine Verhandlung statt, bemerkte der Generalarm, er sei vom Landrat geschickt, die „Versammlung“ zu überwachen; der Landrat könne auch zu Sitzungen Überwachungs senden. Der „Überwachende“ blieb auch da. Der Landrat wohnt in Norderney.

In Norderney, dem Zweigverein Oldenburg angehörend, haben unsere Kollegen einen Vertrag mit den Unternehmern abgeschlossen, der vom 1. Juni 1908 eine Lohnzulage von 2 1/2 und vom 1. Mai 1909 eine weitere Lohnzulage von 2 1/2 pro Stunde vorsieht. Der Stundenlohn beträgt 60 resp. 62 1/2 für die beiden Jahre.

In Soltau haben unsere Kollegen einen Vertrag bis 1911 abgeschlossen. Der Stundenlohn wird jedes Jahr um 2 1/2 erhöht und beträgt für 1908/9 46 1/2, für 1909/10 48 1/2 und für 1910/11 50 1/2.

In Bramsche sind unsere Kollegen folgende Zugeständnisse gemacht worden. 1. Der Stundenlohn wird vom 1. August 1908 um 3 1/2 erhöht; 2. für Weizen 3 1/2 die Stunde vergütet oder die Hinfel geteilt; 3. jeden Sonntag Lohnzahlung. 4. Auf den Bauten wird für genügende Unterkunft gesorgt. 5. Lebenskosten und Wasserarbeit werden mit 5 1/2 Zuschlag vergütet. Hier Überlandarbeiten, sofern es nicht möglich ist, jeden Abend nach Hause zu gehen, wird eine Fahrt und Logisgeld vergütet.

Gau Breslau.

Auch in Waldenburg haben die Kollegen nunmehr dem Schiedsgericht zugestimmt, nachdem sie ihn vorher abgelehnt hatten. Die Waldenburger Kollegen mußten damit auf vieles verzichten, denn sie hatten erst eine Lohnzulage von 40 auf 50 1/2 gefordert, die sie später auf 45 1/2 ermäßigten. Die Unternehmer setzen dem aber beschärflichen Widerstand entgegen. Durch die Annahme des Schiedsgerichts ist nun der Friede gesichert, aber leider ohne den Kollegen eine Besserung ihrer Lage zu bringen.

Gau Götting.

Der Streit in Lötzenburg ist beendet worden, nachdem sich die Unternehmer verpflichtet haben, den alten Lohn weiterzugeben. Der geschlossene Solidarität der Kollegen ist es gelungen, die auf Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gerichteten Pläne der Unternehmer zu scheitern zu machen.

Gau Hannover.

Der Streit in Verberg a. S. dauert fort. Verhandlungen haben bisher noch nicht stattgefunden. In dem benachbarten Orte Schwarzfeld haben die Kollegen nun auch die Arbeit niedergelegt, weil sich die Unternehmer weigerten, eine Lohnzulage von 35 auf 38 1/2 zurückzunehmen. Vermünftiger Zuzug sind diese Menschen nicht zugänglich.

Gau Lübeck.

Zur Lohnbewegung in Mecklenburg. Wie bereits im Jahresbericht des Bundes für 1907 ausgeführt ist, beschloß die Arbeitergewerkschaft für beide Mecklenburg möglichst einheitliche Lohnsätze und Arbeitsbedingungen einzuführen. Eine am 20. Januar d. J. vom Arbeiterverband einberufene Verhandlung sollte dazu dienen, eine Einigung über das vom Arbeitgeberverband beschlossene Vertragsmuster herbeizuführen. Vertreter war nur die Organisation der Zimmerer, weil es unser Verbandstand wegen der kurzen Zeit nicht ermöglichen konnte, dabei zu sein. Etwas Positives wurde auch nicht geschaffen. Man einigte sich darüber, daß der Vorstand des Arbeiterverbandes beim Bundesvorstand beantragen sollte, in einer Verhandlung mit den Zentralvorständen der Bauarbeiter, die von uns als unannehmbar bezeichneten Punkte zu besichtigen und ein beiderseitig zufriedenstellendes Vertragsformular zu schaffen. Reine der Bundesvorstand

A 50. Zimmerode 100 B. A 30, 10 E. A 50, 300 A. A 25. Torgelow 15 E. A 50, 50 A. A 25. Trachenberg 50 A. A 25. Trübsch 600 B. A 35, 200 A. A 25. Trübsch 3000 B. A 45, 400 A. A 25. Trübsch 200 B. A 35. Trübsch 100 A. A 25. Trübsch 200 B. A 55. Trübsch 200 B. A 45, 20 E. A 50. Trübsch 200 B. A 45, 25 A. A 25. Trübsch 1200 B. A 40, 10 E. A 50.

Unterpfad 1200 B. A 40, 10 E. A 50. Uelzen 1200 B. A 55. Uelzen 50 B. A 50, 100 B. A 30. Uelzen 200 B. A 30. Uelzen 200 B. A 70. Uelzen 400 B. A 60, 50 B. A 55.

Weimar 1200 B. A 45, 100 A. A 25. Weimarshafen 200 A. A 25, 3000 B. A 65. Weimarshafen 400 B. A 40, 150 B. A 35. Weimarshafen 10 E. A 50. Weimarshafen 200 B. A 50, 100 A. A 25. Weimarshafen 600 B. A 40, 10 E. A 50. Weimarshafen 400 B. A 60. Weimarshafen 400 B. A 25, 800 B. A 40. Weimarshafen 1200 B. A 40, 200 A. A 25. Weimarshafen 5 E. A 150, 400 B. A 35. Weimarshafen 1000 A. A 25. Weimarshafen 1200 B. A 45, 20 E. A 50. Weimarshafen 100 B. A 30, 50 A. A 25. Weimarshafen 400 B. A 55. Weimarshafen 100 B. A 20, 100 B. A 45, 400 K. A 10. Weimarshafen 1000 B. A 35, 10 E. A 50, 50 B. A 55. Weimarshafen 400 B. A 30, 10 E. A 50, 5 E. A 150. Weimarshafen 400 B. A 35. Weimarshafen 400 B. A 40, 1200 B. A 45, 200 A. A 25. Weimarshafen 200 B. A 30, 20 E. A 50. Weimarshafen 50 A. A 25.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger Woche das Wahlprotokoll eingehend haben und denen nicht brieflich eine andere Mitteilung geworden ist.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Mar. Werfer - Altenburg (Verb.-Nr. 9207 K), Joh. Sieden-Rachen (49 540), M. Olich-Geschen (128 103), Joh. Gasse-Belzig (165 065), Paul Rebenant-Dihs (282 819), Fr. Gubala-Schweinitz (255 796), Fr. Maurosch-Remisch (308 078), S. Schmidt-Rohr (322 115), Aug. Schumann-Först (351 555), M. Reulke-Herford (371 806), S. Franke-Witten (A. B. 447 979), Aug. Wulz-Coburg (474 685), Fr. Wöhrle-Dangerhütte (393 847), Emil Fischer-Zeil (167 301), Karl Gieseler-Zeil (470 838), Karl Gieseler-Zeil (14270 K), Jacob Jung-Schlitz (14 271 K), W. Köppen-Gr.-Schönebeck (75 051), Wilhelm Rischke-Guben (128 926), Heinrich Rischke-Guben (156 387), C. Gerwald-Berlin (184 003), R. S. Gruener-Stallberg (C. 226 521), Zaver Raths-Meisenburg (335 925), Wilfried Raths-Meisenburg (351 670), Joh. Treichmann-Gasse (361 125), Franz Wroß-Tümmel (367 500), Paul Gruber-Berlin (375 229), Th. Hubello-Kattowitz (411 408).

Gefunden sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Ferdinand Warlow, geb. am 14. Oktober 1888 zu Berlin; Magnus Seidl, geb. am 19. Juli 1888 zu Hartmannsdorf; Vincenz Slany, geboren am 25. Juli 1875 zu Deutsch-Krawarn; Konstantin Schumbler, geb. am 10. April 1863 zu Alt-Cojel.

Ausgeworfene sind auf Grund § 37b des Statuts vom Zweigverein Tondern: Eds (Verb.-Nr. 416904); Weimar: Aug. Pfeiler (483 093); Schöneberg: Adolf Seiler (98 669); Karl Dittus (98 764); Doppelstein: Stanislaus Löff (365 262); Ebed: Joachim Jabs (156 777), Heinrich Bloy (357 408), Ernst Müller (34 552), S. Wäls (183 625), Hans Wäls (156 866), August Kols (34 053), Hermann Dörsch (449 778); Kiel: Johann Math (362 437), Gustav Hillmann (75 583); Berlin: August Werschling (154 287), Fritz Weig (343 436), Joh. Wahn (257 292), Richard Zinn (887), Otto Kasper (368 672), Mathias Reiser (11 850), Ernst Meißel (258 596), Friedrich Böhm (888), Franz Seibel (1935), Adolf Thore (250 923); Leipzig: Franz Hinte (492 048), Richard Großmann (35 581).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Ausgeworfene, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Brandenburg: Franz Großkopf, geb. am 6. Juli 1885 zu Eugenienburg (Verb.-Nr. 247 008); Erfurt: Louis Weg (327 843); Tondern: Gust. Rübner, geb. am 21. Juli 1873 zu Laidow (323 656); Gagen i. B.: Hugo Hehl, geb. am 30. Juli 1886 zu Berlin; Garburg: Ferd. Dörsch (106 304); Düren: Franz Schäl (196 548); Gieseler: Sebastian Lebering, geb. am 17. Januar 1870 zu Simsb. Stephanskirchen; Dieckfeld: Straten, zuletzt in Wenden wohnhaft.

Um Angabe seiner Adresse wird erucht vom Zweigverein Dnaburg der Kollege Richard Gorges aus Gr.-Verden, geboren am 16. Februar 1889.

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden erucht, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorankündigungen sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unseren Händen sind.

Als Delegierter zum Verbandstag wird vorgeschlagen:

Für die 111 Wahlabteilung vom Zweigverein Wittenburg der Kollege W. Hoffwald.

Gömmeln. Am 24. Mai tagte hier eine gutbesuchte Mitgliedserversammlung. Genosse Barzels hielt einen interessanten Vortrag über „Kartelle, Trusts und Syndikate“. Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Hierauf stellte Kollege Wadmann im Auftrage des Vorstandes einen Antrag, daß jene Kollegen, die von

Kaufe hier zureisen, und für verfloßene Beitragswochen Arbeitslosentlohn verlangen, aber keinen Beweis der Arbeitslosigkeit vorlegen können, Arbeitslosentlohn nur für die folgenden Monate haben. Die Versammlung beschloß nach längerer Diskussion gegen 2 Stimmen, daß die Kollegen, die von Kaufe hier zureisen, nicht genau nachweisen können, daß sie wirklich arbeitslos waren, nur für Monat März Arbeitslosentlohn bekommen; für die folgenden Monate bis zu ihrer Einstellung haben sie, sofern sie sich nicht arbeitslos melden, 40 % Lohn zu zahlen.

Dortmund. Eine für die Zahlstelle Bielefeld am 10. Mai abgehaltene Mitgliedserversammlung wurde von 33 Kollegen besucht. Sie nahm Stellung zu dem in Berlin gefällten Schiedsspruch. Der Kollege diesbezüglichen Verhandlungen in Berlin sehr schwierig müßten die Unternehmervertreter hätten erklärt, erst wenn die Tarifverhältnisse für Berlin geregelt werden, könnten sie verlangen, daß die sofortige Aufhebung der Bauarbeiten, die über einige Geschäfte von den Zimmerern verhängt worden waren. Karl Fritz aus Essen habe erklärt, daß der Arbeitgeberverband unbedingt darauf bestehen müsse, daß an unorganisierte Arbeiter der tariflich festgesetzte Lohn nicht bezahlt zu werden brauche. Dieses wurde aber abgelehnt. Es wurde dann noch 152 Verträge festgesetzt, wurde bestimmt, Kommissionen einzusetzen, um die tariflichen Verhältnisse zu prüfen. Schließlich den ganzen Verhandlungen nicht teilnehmen. Schließlich wurde ein Schiedsspruch angenommen, daß die Unternehmer mit 15 gegen 35 Stimmen abgelehnt. Nach dem Schiedsspruch wurde dann jedoch beschlossen, durch Schiedsspruch den Verhandlungen ein Ende zu machen. Es habe sich in den Verhandlungen gezeigt, daß die tarifliche Verhältnisse der Arbeitgeber, der das höchste Mitglied ist, der schlimmste Gegner sei. Weiter seien dabei abgelehnt, daß wir noch nicht am schlechtesten 2 und 3 A. Zulage erhalten, wogegen einzelne erhalten hätten, nicht bekommen. In der Diskussion wurde ein Kollege für und einige gegen den Schiedsspruch. Es wurde dann noch gesagt, daß die Lohnbewegung nachfolgenden Folgen haben könnte, daß die Zimmerer dem Schiedsspruch nicht zustimmen hätten. Die Konferenz am 2. Mai, die von den Lohnkommissionen bestimmt waren und in Gagen stattfand, ergab folgende Abstimmung: Zentralverband 65 mit Ja, 11 mit Nein, eine Stimmenthaltung. Größter. Bauhandwerkerverband 138 mit Ja, 10 mit Nein. Die Organisationen der Arbeiter haben sich also im großen und ganzen mit dem Schiedsspruch einverstanden erklärt. Die Kollegen wurden dann noch ermahnt, diese zwei Jahre kräftig für den Ausbau unserer Organisation zu wirken, damit wir im Jahre 1910 ein besseres Resultat herausbringen.

Erfangen. Im benachbarten Baierdorf tagte am 17. Mai eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung. Die Tagesordnung lautete: „Zweck und Nutzen der Organisation“. Als Referent war Kollege Lehner aus Friedheim erschienen. Er schilderte den Kollegen alle Vorteile der Organisation bis ins kleinste Detail und rebete ihnen faßlich ins Gewissen, daß dafür Sorge zu tragen, die Indifferenz dem Verbands zuzuführen. Es wäre freudig zu begrüßen, wenn in Baierdorf und Umgebung auch einmal ein wenig Organisationsleben bemerkbar machen würde, dann dürfte auch das nächste Mal die Versammlung besser besucht werden.

Mühlhausen i. Th. Freitag, den 22. Mai, tagte hier eine von 80 Mitgliedern besuchte Versammlung. Kollege Schenk aus Erfurt referierte über die Tarifverhandlungen. Er wies in seinem anderthalbstündigen Vortrag auf das Wesen der Unternehmerorganisation und deren Ausperrungsgefahr hin. Bis zum Jahresende 1908, wo die Unternehmer noch in Innungen zugeordnet waren, waren sie für die Arbeitnehmerorganisation nicht so gefährlich wie heute. Nach Gründung der Arbeitgeberverbände wurde die Ausperrung der Arbeiter auf das Programm der Unternehmer gesetzt. Weil aber in den letzten Jahren eine gute Konjunktur im Baugewerbe war, konnten sie ihren Plan nicht ausführen. Die Leitungen der Arbeiterorganisationen hatten die Taktik des Unternehmertums durchgesehen und deshalb ihre Kräfte gestärkt. In diesem Jahre glaubte der Arbeitgeberverband die Zeit gekommen, den Arbeiterorganisationen einen einseitigen Rufsturz aufzutragen. Aus diesem Grunde Organisationen in Berlin Verhandlungen stattgefunden. Wenn man sich die heutige Lage betrachtet, so muß man bei den Verhandlungen nur das Wohl der von ihnen vertretenen Organisationen im Auge haben. Von diesem Gesichtspunkte aus eruchte der Kollege Schenk, den Schiedsspruch zu beurteilen. Der Vortrag wurde von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde beschlossen, eine Sammelliste zirkulieren zu lassen für Arbeiter, die am 1. Mai feierten und deshalb ausgesperrt wurden.

Rottbad. Die Dienstag, den 19. Mai, abgehaltene Mauererversammlung ehrte zunächst das Andenken des verstorbenen Kollegen Rudolf in der üblichen Weise. Sodann wurde die Abrechnung vom ersten Quartal erstattet. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 1599,08, gegenüber einer Ausgabe von 1641,80, so daß ein Rest von 51,28 verbleibt. Bei der Kasse war über eine Einnahme von 3858,58 und eine Ausgabe von 793,95 zu berichten. Hier verbleibt ein Bestand von 3064,63. Eine längere Debatte über die Fall Marzahn hervor, der sich in Wanssee als Streikbrecher produziert hatte. Eine Sitzung wird sich mit seinem Ausschluss aus der Organisation befassen haben, der, nach der Stimmung der Versammlung zu urteilen, wohl unausweichlich sein dürfte. Neben anderen örtlichen Angelegenheiten wurde noch darauf hingewiesen,

daß die Kollegen etwas pünktlicher in ihren eventuellen Umkleungen sein möchten. Auch wurde das Bestreben der hiesigen Bauunternehmer geäußert, welche trotz der hier noch herrschenden Arbeitslosigkeit fortwährend um auswärtige Mauerer (Schleier) sich bemühen.

Saalfeld. Dienstag, den 19. Mai, tagte hier eine Mitgliedserversammlung, in der Kollege Schenk über: „Die Tarifverhandlung im Baugewerbe“ referierte. Er gab zunächst einen kleinen Überblick über die Entwicklung der Arbeiterorganisation, woraus zu ersehen war, daß der Kampf, den das Unternehmertum gegen die Arbeiterorganisationen verband, hieß die Karole: „Generalstreik, Kampf den Zentralverbänden, der baugewerblichen Arbeiter bis auf Messer“. Wenn es den Unternehmern bis jetzt noch nicht gelungen ist, ihre Pläne in die Tat umzusetzen, so liegt dies wohl daran, daß bei den Unternehmern auch nicht alles Gold ist, was glänzt. Wenn wir auch das organisierte Unternehmertum nicht unterschätzen sollen, so haben wir auch keine Veranlassung, es zu überschätzen; wenn man die Submissionen betrachtet, so kann man wohl sagen, eine Organisation, die nicht einmal ihre Mitglieder beschützt und von sich flohen kann, wenn sie die Preise aus schmälern herunterschieben, ist noch lange nicht fertig, eine Arbeiterorganisation zu gründen zu richten. Wenn auch die Tarifverhandlungen nicht so befriedigen, wie es sein sollte, so liegt dies wohl an der schlechten Konjunktur und der großen Arbeitslosigkeit unserer Kollegen in manchen Gebieten. Wir können den Schiedsspruch angesichts der schlechten Zeit als einen Fortschritt betrachten. Während sonst zur Zeit einer Krise die Unternehmer die Lohn- und Arbeitsbedingungen verschlechterten, wurde diesem Bestreben durch die Kraft unserer Organisation für diesmal ein Riegel vorgeschoben. Es wurde den Unternehmern beigebracht, daß bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen die Organisationen der Arbeiter ein Wort mitzureden haben. Der Schiedsspruch, der uns im allgemeinen nicht viel bietet und von den Vertretern unserer Organisation angenommen wurde, befriedigt uns um so mehr, als er den Unternehmern den Kampf unmöglich und auf diese Art ihre fauberen Pläne zu Wasser machte. Da für uns die Gefahr eines großen Kampfes bis 1910 einigermaßen beseitigt ist, muß für uns die Karole heißen: Agitieren, organisieren und moralisieren! auf daß wir dem Unternehmertum stets kampfbereit gegenüberstehen. Nachdem Kollege Schenk die Notwendigkeit des außerordentlichen Verbandstages vor Augen geführt hatte, fand sein Referat allgemein Beifall, womit auch dokumentiert ist, daß die Vertreter unserer Organisation beim Abschluß der Tarifverhandlung das allgemeine Wohl der Kollegen zum Nutzen des Verbandes wahrgenommen haben.

Soran. Am 26. Mai hielt der hiesige Zweigverein seine Mitgliedserversammlung ab, die nur von 28 Kollegen besucht war. Kollege Lemm aus Berlin referierte über: „Die gegenwärtige Situation am Ort“. Er legte in seinem anderthalbstündigen Vortrag der Versammlung klar, mit welcher Arbeit sich der Zweigverein in diesem Jahre bei der schlechten Konjunktur zu beschäftigen hat, und forderte die Kollegen auf, in Zukunft für besseren Veranlassungsbedarf zu sorgen und neue Mitglieder heranzuziehen. Hierauf gab der Kassierer die Abrechnung vom ersten Quartal bekannt, die von den Vorisoren für richtig erklärt wurde. Darauf wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. In „Verschiedenes“ wurde beschlossen, am 28. Juni ein Vogelschießen mit darauf folgendem Tanzabend zu veranstalten. Außerdem wurde über einen Kartellbelegierten Bescheid verfügt, weil er bis jetzt an seiner Eignung des Kartells teilgenommen hat. Es wurde beschlossen, ihn aufzufordern, in Zukunft seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Aus Schweden.

Wieder gehen Meldungen von Massenausperrungen durch die Presse. Der allgemeine schwedische Arbeitgeberverband hat danach beschlossen, daß, falls bis zum 6. Juni im Baugewerbe mit anderen Zweigen eine Einigung nicht erzielt sei, am 9. Juni von sämtlichen dem Arbeitgeberverband angeschlossenen Firmen die Ausperrung der Arbeiter proklamiert werden soll. Von der Ausperrung würden über 50 000 Arbeiter betroffen werden.

Aus Italien.

In Rom streiten die Kollegen seit dem 28. Mai. An diesem Tage lief der bisher bestehende Tarif ab. In dem Entwurf zu dem neuen Vertrag forderten die Mauerer eine Lohnerhöhung von 15 Cts. pro Stunde und die Verstärkung der Arbeitszeit auf 9 Stunden. Die Unternehmer lehnten diese Forderungen mit dem Hinweis auf die verminderte Bauaktivität ab. Am Abend des 27. Mai hielten die Kollegen eine große Versammlung ab, wo sie besonders auf die besseren Löhne ihrer deutschen und österreichischen Kollegen hinwiesen, die das Resultat dieser Kämpfe seien und dann einstimmig den Streik beschlossen. Nachdem Gewohnheiten entsprechend, holte man sogleich Militär zur Wahrung der „Ordnung“ heran. Glücklicherweise gaben die Streikenden der Ordnungsbefehle bisher keine Gelegenheit zum Vortreten. Streikbrecher sind gar nicht vorhanden! Wir wünschen unseren Kollegen einen siegreichen Ausgang.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

Fünfte Generalversammlung.

Im Hamburger Gewerkschaftshaus tagte Dienstag, den 19. Mai, und folgende Tage die fünfte Generalversammlung der Zentralkrankenkasse der Mauerer zc., „Grundstein zur Einigkeit“. Dienstag morgen 9 Uhr wurden die Delegierten durch den Delegierten und Bevollmächtigten der Hamburger Verwaltungsstelle Bernhard Schulze begrüßt; er hieß sie im eigenen Heim der Hamburg-Altonaer organisierten Arbeiterkraft, der „Mittelschmiede“ dieser Arbeiter, willkommen und wünschte ihren Arbeiten gebührenden Erfolg zum Besten der Kasse und ihrer Mitglieder. Der Vorisende der Kasse, Wilhelm Schmar, erklärte hierauf die fünfte Generalversammlung für eröffnet. Die Verlesung der Präzisenliste ergab, daß sämtliche Wahl-

abstellen durch die von ihnen gewählten Delegierten vertreten sind. Die Generalversammlung legt sich also zusammen aus 65 Delegierten, zwei Vertretern des Hauptvorstandes und je einem Vertreter des Ausschusses und Geschäftsraths. Die Mandatprüfungscommission erklärt sämtliche Mandate für gültig und die Generalversammlung gab hierzu ihre Zustimmung, ebenso erklärte die Generalversammlung auf Antrag der Geschäftsordnungscommission, damit einverstanden, daß die auf früheren Generalversammlungen illsie Geschäftsordnung auch für ihre Tagung Gültigkeit habe. Nachdem alle Formalitäten erledigt waren, wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Die Geschäftsberichte der Raffinerie, Vorstand, Aufsichtsrat und Aufsichtsratspräsident, liegen gedruckt vor. Der Vorstandsbereich konstatiert, daß der finanzielle Stand der Raffinerie wenig erfreulich ist. Das Jahr 1905 hatte nur einen Ueberschuß von 47.000, während es 80.000 hätten sein sollen. Das Jahr 1906 fiel infolge der recht hohen Geschäftskosten und der wenigen Erfrachtungen in vielen Fällen schlichter aus; es hatte nur einen Ueberschuß von 25.000, während es hätte eine Raffinerie eine Nettoausgabe von 862.977 und einen Referendums von 700.000 neben einem Betriebsfonds von 1.29.757.

Im Jahre 1907 war die Nettoausgabe aber schon M. 993 197, also schon zu M. 130 000 größer als im Vorjahre, der gegenüber nur eine Nettoeinnahme von M. 976 952 zu verzeichnen war. Das Jahr 1907 hat demnach keinen Überschuß, sondern, obgleich über M. 25 000 Zinsen eingingen, eine Mehrausgabe von M. 16 245 gebracht.

Im ersten Quartal 1906 war ein Fußschuß an die Verwundungsstellen von M. 26 903 erforderlich, dagegen mußte im ersten Quartal 1907 ein Fußschuß von M. 87 195 geleistet werden. Das vierte Quartal 1906 brachte einen Ueberschuß von M. 85 128 und das vierte Quartal 1906 einen solchen von M. 27 806, dagegen betrug der Ueberschuß im vierten Quartal 1907 nur M. 1820.

Bei dem Abschluß des Jahres 1907 wurden dem Meiserfonds allerdings noch M. 30 000 zugeführt, doch mußte dieser Betrag dem Betriebsfonds entnommen werden, so daß dieser sich von M. 129 757 am 1. Januar 1907 auf M. 83 512 am 1. Januar 1908 verringerte. Hiervon standen der Hauptkasse nur M. 27 828 in bar zur Verfügung. Der Meiserbetrag von M. 56 189 setzte sich aus den Kassenbeständen in den Zahlstellen zusammen.

Der Referatsfonds betrug am 1. Januar 1908 M. 730 000 und die Nettoausgabe im Jahre 1907 M. 993 197. Demnach hat die letzte Jahresausgabe den Referatsfonds um M. 263 197 überhöht.

Das Gesamtvermögen der Kasse betrug am 1. Januar 1908 M. 818 412,13. Der finanzielle Stand der Kasse hat sich in den ersten Monaten dieses Jahres weiter bedeutend verschlechtert. Bis zur Eröffnung der Generalversammlung betrug die Einnahme M. 845 819,29, während die Ausgabe eine Höhe von M. 406 139,41 erreichte. Die Mehrausgabe betrug, also

Die Kasse zählte am 1. Januar d. J. 330 örtliche Verwaltungsstellen mit 34 045 Mitgliedern. Ein weiterer Abschnitt des Vorstandsberichts handelt von dem sogenannten Unfallauschuss. Es heißt da:

Nach § 12 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes ist den durch Betriebsunfall verletzten Kaffeemüllern vom Beginn der 6. bis Ende der 13. Woche, eventuell bis zur eintretenden Erwerbsfähigkeit, ein erhöhtes Krankengeld (Unfallzuschuß) zu zahlen. Dieser Unfallzuschuß ist der Krankentafel vom dem Unternehmer desjenigen Betriebes zu ersetzen, in welchem der Unfall sich ereignet hat.

weilgen der Hülft des Ereignis hat.

Die Einigung des verarmten Infalligen bedarf viele Mühe und Arbeit, und das gerichtliche Verfahren durch die Verwaltungsbürokratie ist sehr langweilig. Nicht allein, daß die Menge von Fällen die „Rechtsgeber“ in Unkenntnis der Unkenntnis machen, welche wiederum zu neuen, freier an anderer Teil die Unfälle ab, und die Rasse muß, wenn die Verurteilungen führen. Ist schließlich die Klage zu Gunsten der Rasse entscheiden und die Entscheidung rechtskräftig geworden, und das Zwangsverfahren eingeleitet, dann ist in vielen Fällen von den Betroffenen nichts mehr zu holen. Entweder sie sind in Konflikt geraten, unfindbar, oder überhaupt verschwunden.

Im Jahre 1906 wurden in 165 Fällen Nr. 4248,32 Unfallaufschlag gezahlt, betragsmäßig pro Fall M. 26,76. Da der Betrag der Abrechnung 4450,00 M. betrug, so waren 181 Fälle gezahlt worden, wogegen 16 Fälle nicht gezahlt wurde, in 18 Fällen Abrechnung wurde, in 19 Fällen mußte das Schweberecht der Eigentümer 41 Fälle wurden zu Gunsten der Kasse entschieden, mit Ausnahme weniger Fälle mußte das Abwandsverfahren beantragt werden. In 19 Fällen fiel die Zwangsabrechnung fruchtlos aus, und der Kasse gingen von dem veranlagten Betrage von M. 4248,32 M. 635,57 verloren. —

Im Jahre 1906 wurden in 144 Fällen M. 3813,84 Unfallgeld gezahlt, durchschnittlich pro Fall M. 26,48. Da Zahlung nicht erfolgte, mußte in 34 Fällen wieder angemahnt werden, worauf dann in 16 Fällen gezahlt und in 18 Fällen Klage eingereicht wurde. Nach erfolgter Entscheidung wurde in 11 Fällen teilweise freiwillig, teilweise durch Zwangsverfahren bezahlt, und in 7 Fällen ginaar der Satz 4, 748,56 heraus.

In einigen Fällen haben wir die Schuldner sogar zum Offenbarungseid getrieben, worauf dann teilweise gezahlt wurde. In einigen Fällen war bereits schon früher der Offenbarungseid geleistet worden, wohn wir dann aber erst Gemeindefürsorge

geleistet worden, wodon wir dann aber erst Kenntnis erhielten. Im Jahre 1907 wurden in 148 Fällen M. 4226,56 oder durchschnittlich auf jeden Fall M. 28,56 Unfallzuzug gezahlt. Zwecks Zurückzahlung des Betrages mußte in 48 Fällen Mahnung erfolgen. In 21 Fällen blieb die Mahnung unbeachtet und ist Klage erhoben worden. In 9 Fällen ist der Betrag noch nicht zurückgezahlt und ist die Einleitung des Zwangsverfahrens beantragt. In 5 Fällen ist aber schon nichts zu holen, weil die Betroffenen den Konkurs angemeldet resp. unspannbar sind.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die Kasse in einigen Fällen ihre Forderung zur Konkursmasse als bevorzugte Forderung bei den zuständigen Gerichten resp. bei dem Konkursverwalter eingereicht hat. Teilweise wurde sie als bevorzugte Forderung anerkannt, teilweise war überhaupt keine Masse vorhanden.

Ueber den § 25 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes, den Verkehr mit den Berufsgenossenschaften und den Versicherungsanstalten, wird in dem Bericht ausgeführt:

Obgleich bei Betriebsunfällen die Berufsgenossenschaften beteiligt sind, mit Beginn der 14. Woche nach Eintritt des Unfalles für die durch Betriebsunfälle Verletzten Einkünfte, sofern sie sich, mit einigen Ausnahmen, hieran sehr wenig, weil die Krankentafeln gehalten sind, ankauft, wie früher in 13 Wochen, jetzt als Minimum für 26 Wochen Krankenunterstützung zu zahlen. Ihnen kommt hierbei auch der § 25 „U.-B.-G. zu statuten, wonach die Verschärfung der Krankenunterstützung usw. durch das Gesetz nicht berührt wird.

Die Geschäftsführung der einzelnen Berufsgenossenschaften, betreffend Einleitung des Verfahrens zwecks Festsetzung der Entente usw. für den Verletzten, ist sehr verschieden; sogar bei einzelnen Sektionen ein und derselben Berufsgenossenschaft wird die Sache verschieden gehandhabt.

Wenn §. 3. die Section I der Nordbölischen Baugewerks-
berufsgenossenschaft auf Anfrage und nach Lage der Sache den
Verletzten mit Beginn der 14. Woche übernimmt, geschieht dies
bei der Section II in Eberswalde sozuzagen in keinem Falle.
Dielelselbe leidet das Verfabren gewöhnlich erst dann ein, wenn
nirherjels schon Anspruch erhoben ist. Ist der Verletzte über
3 Wochen hinaus krank und erwerbsunfähig, so muß die
Krankenunterstützung weiter gewährt werden, und die Kasse
um 100. Mark, um der Kasse, um drei Monate, also bis

Dahingegen hatte die Sektion III in Stettin schon mal angeführt, daß sie der Kasse vor Ablauf der 13 Wochen die Mitteilung machte, daß sie mit Beginn der 14. Woche den Verzicht übernimmt.

Ein Teil der Verusßgenossenschaften macht den Kassen auch noch insoweit Scherereien, daß sie ohne Einwilligungserklärung des Verlessten an die Kasse nichts auszahlen wollen.

Um die Rechte der Mitglieder und der Kasse gegenüber den Berufsgenossenschaften zu wahren, mußten infol. des Unfallzuschusses im Jahre 1905 233, im Jahre 1906 205 und im Jahre 1907 207 Unfallsakten angelegt werden.

Im Jahre 1905 wurden in 78 Fällen M. 6045,61, 1906 in 54 Fällen M. 5518,30 und 1907 in 55 Fällen M. 5017,31 bei den Vermögensgesellschaften liquidiert; davon wurden an die Kaffeeliquidation: 1905 M. 6427,92, 1906 M. 3768,16 und 1907 M. 3238,77. ES wurden also in den drei Jahren im ganzen liquidiert 16 581,22; die Kaffe hat zurückgehalten M. 12 434,15, wodurch weniger erhalten als geplant M. 4147,07.

...wenn weniger ergebnis als gesagt M. 247,07.
 Im Verdringungsgeld durch Tod infolge Vertriebsunfalles
 wurden besonders liquidiert 1905 für 21 Sterbefälle M. 2125,
 1906 für 19 Sterbefälle M. 1840, 1907 für 16 Sterbefälle
 M. 1650. In den drei Jahren kamen 56 Todesfälle durch
 Vertriebsunfall vor, für welche zusammen M. 5635 an Verdrin-
 gungsgeld gezahlt wurden. Davon sind für 51 Sterbefälle
 an den Versicherungsfirmen in die Kasse zurückerstattet
 M. 4685,10. Der Betrag für drei Sterbefälle (M. 840) aus
 dem Jahre 1907 steht noch aus.

Nach dem Bericht des Vorstandes zur letzten Generalversammlung hatten die Versicherungsanstalten im Zeitraum der vorvergehenden zwei Jahre für 160 kranke Mitglieder das Geheilverfahren übernommen. In den letzten drei Jahren sind aber nur 166 derartige Fälle durch die Hände des Vorstandes gegangen. Es sind wohl einige Fälle vorgekommen, wo sich die eine oder andere Versicherungsanstalt an den Vorstand nicht bittende Verwaltungen gewandt und diese von der Legation selbst erledigt worden sind; dieselben würden aber keinen Aufschuß geben. Es läßt sich hieraus folgern, daß die Versicherungsanstalten in den letzten Jahren mehr abgewiesen haben als früher; denn der Gesundheitszustand der Mitglieder hat sich keineswegs gebessert. Wenn a. B. die Versicherungsanstalt Berlin im Jahre 1905 für 32 kranke Mitglieder das Geheilverfahren übernommen, so waren das im Jahre 1906 nur 24 und im Jahre 1907 nur noch 19.

Die übrigen Mittheilungen des Vorstandes an die Generalversammlung sind weniger von allgemeinem Interesse, weshalb wir von ihrer Wiedergabe absehen.

Der Ausschuss berichtet, daß seine Thätigkeit wenig umfangreich war; sie bestand hauptsächlich in der Ueberwachung der Geschäftsführung des Vorstandes. Außer den regelmäßigen Quartals- und Jahresabrechnungen, die regelmäßig geprüft wurden, nahm der Ausschuss wiederholt unregelmäßige Prüfungen der Kasse vor. Es ergab sich dabei, daß in keinem Falle Unregelmäßigkeiten zu machen waren, sondern daß die Verwaltung der Kasse musterhaft war. Ferner hatte der Ausschuss drei Beschwerden gegen den Vorstand zu erledigen. Die Beschwerden waren erhoben worden, weil der Vorstand in zwei Fällen die Genehmigung zur Errichtung öffentlicher Verwaltungsstellen versagt hatte. Da der Vorstand die Genehmigung verweigert hatte, weil die Verlegetrage in den betreffenden Orten schwer zu lösen war, so mußten diese Beschwerden als unbegründet abgewiesen werden. In einem Falle hatte der Vorstand eine Verwaltungsstelle aufgestellt. Die Beschwerde, die sich hiergegen richtete, mußte ebenfalls abgewiesen werden, da in dem betreffenden Orte keine Verwaltung zu finden zu bringen war, die eine geordnete Geschäftsführung garantierte.

Ueber die Tätigkeit des Schießgerichts wurde be-

Außer fünf Sitzungen, in denen über innere Angelegenheiten des Schiedsgerichts beraten wurde, haben 37 Sitzungen stattgefunden. In diesen 37 Sitzungen wurden in 115 Verhandlungen 88 Berufungen erledigt. Hiervon waren 72 Berufungen gegen vom Vorstand beschängte Strafen gerichtet. Die Gesamtöhe dieser Strafen beträgt M. 534.80. Von diesen 72 Berufungen wurden drei als berechtigt anerkannt und der Beschuldigte vom Vorstand aufgehoben; in sechs Fällen wurde die Strafe ermäßigt und in drei Fällen wurde die Sache an den Vorstand zurückgewiesen, während in zwei Fällen der Beschuldigte des Vorstandes vom hiesigen Vertreter zurückgezogen wurde. In 58 Fällen mußte die Berufung, weil unbegründet, verworfen werden.

Die Verurtheilungen gegen vom Vorstand verweigerte Kranken-
entrichtung mußten in acht Fällen als unbegründet verworfen
werden, und nur in einem Falle wurde dem Kläger ein Teil-
betrag der erhobenen Forderung zuerkannt. Sechs Verurthei-
lungen sich gegen vom Vorstand hollägigen Ausschluß aus
der Kasse resp. gegen Nichtanerkennung der Mitgliedschaft. Diese
wurden jedoch sämtlich verworfen werden. Zwei Verurthei-
lungen durch schriftliche Mitteilungen an die Kläger erledigt;
4 Fälle konnten gleich in der ersten Sitzung, in der sie zur
Verhandlung kamen, erledigt werden, während in 24 Fällen erst
Verhandlungen angestellt werden mußten. Dies ist teilweise zu
bedauern, daß das Schiedsgericht Kollegen aus anderen Ver-
waltungsklassen mit der Unterzucht an drei und sieben betraute.

Kosten wurden der Kasse durch das Schießgericht vera-
ursacht: für Sitzungen inkl. Fahrgehl. sowie sämtliche schriftliche
Arbeiten M. 748,70, Zustellung der Schießsprüche durch Gerichts-
helfer beim Amtsgericht zu Altona M. 121,90, Stempelsteuer
M. 80, Porto M. 57,40; in Summa M. 956.

Die Diskussion über die Reichshandelsgerichte gestaltete sich recht lebhaft, indem sich daran fast sämtliche Delegierte beteiligten; schließlich wurde die Tätigkeit der Kassenvorstände, namentlich insofern, als außerdem einige lokale Schlichter zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Kassenvorstände in der Regel aus Kaufmanns- und Schlichterkreisen entnommen werden könnten, einstimmig beschlossen. Dann folgte die Beratung der Vorlage über die Veränderung des Kassensystems, deren die gedruckte Vorlage 102 Abschnitte umfaßte. Hieszu äußerte den Wunsch, die Generalversammlung möge sich darauf beschränken, außer einigen Prinzipialanträgen nur noch die Anträge zu beraten; die sich auf die finanzielle Seite der Kasse beziehen. Es sei dies deshalb nötig, um möglichst schnell eine Sanierung der Kassenzustände herbeizuführen. Diese könne am leichtesten durch einen Nachtrag zum Statut erreicht werden, indem dieser viel eher die Genehmigung der Aufsichtsbehörden erhalte, als ein vollständig revidiertes Statut. Die Generalversammlung beschloß im Sinne der Ausführungen des Hrn. v. Hemmers. Die Anträge, die die Kasse auflösen und in eine Hilfskasseneinrichtung umwandeln wollten, wurden mit großer Mehrheit abgelehnt. Eine lebhafte Debatte entziffelte ein Antrag des Vorstands, den Zementierern und Kalkbrennern Zutritt zu der Kasse zu gewähren. Fast alle Redner sprachen gegen den Antrag, wiewohl sie bekräftigten, daß die Kasse durch den Beitritt der Zementierer keine gelernten Maurer seien, sondern sich aus allen möglichen Berufsständen zusammensetzten, bedeutenden Schäden erleiden würde. Der Antrag des Vorstandes wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Es folgte dann die Beratung über die Höhe der wichtigsten Beiträge. Vorstand und Ausschuss hatten hierzu folgenden Antrag gestellt: „Die wichtigsten Beiträge der Kasse sich nach der Höhe des Kranzengeldes und betragen auch während der Krankheit in der 1. Kl. 70 $\%$, 2. Kl. 60 $\%$, 3. Kl. 55 $\%$, 4. Kl. 30 $\%$.“

Die Krankenfürsorge wurde in der umfangreichen Diskussion auf die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung anerkannt, nur waren einige Mitglieder der Ansicht, daß man nicht ausgleichs die Leistungen der Rasse gegenüber den Kranken erhöhen, vielmehr Vorhanden und Ausdusse beantragt hatten, sondern sich bei den bisherigen Leistungen belassen solle. Die Anträge des Vorstandes und Ausdusses wurden jedoch schließlich mit großer Mehrheit angenommen.

Die Krankenfürsorge ist nach dem 21fachen Betrage des Krankengeldes festgesetzt, und zwar:

1. Klasse	pro Tag	M. 2,45,	pro Woche	M. 14,70
2. " " " "	" " " "	2,10,	" " " "	12,60
3. " " " "	" " " "	1,90,	" " " "	11,40
4. " " " "	" " " "	1,05,	" " " "	6,30

Das Stierbengel wurde wie folgt festgelegt: 1. Klasse M. 122,50, 2. Klasse M. 105, 3. Klasse M. 95, 4. Klasse M. 52.
Nach den erhöhten Bodenbeträgen soll der in den Verwaltungskstellen verbleibende Prozentsatz 6% betragen. Dadurch erhalten die Verwaltungskstellen eine Mehrereinnahme von jährlich M. 6000, während sie bei 7 pZt., wie verschiedentlich beantragt worden war, M. 12.000 erhalten haben würden. Die Neueinstellung der Wahlableitungen, wogu der Vorstand eine Vorlage ausgearbeitet hatte, wurde auf Wunsch Lechnars noch durch den Rat, um der nächsten Generalversammlung, die dortansitzig stattfinden schon im nächsten Jahre lagen wird, die Wünsche der Mitglieder nach dieser Richtung hin unterbreiten zu können. Eine außerordentliche, lebhaftc Debatte entpinn sich über die Frage der Beamtengehälter. Von verschiedenen Seiten wurde angeregt, in Rücksicht auf die Laffenverhältnisse und die allgemeine wirtschaftliche Depressiön überhaupt, von einer Erhöhung der Besoldung Abstand zu nehmen. Schließlich einigte man sich in den nächsten namentlichen Abstimmung auf einen Antrag, wonach das Gehalt der Beamten rückwirkend ab 1. Januar 1908 auf M. 210 monatlich bemessen wird. Der Sitz der Kasse bleibt in Altona. Die Mitglieder des Vorstandes, Ausschusses und Schiedsgerichts wurden sämtlich einstimmig wiedergewählt. Eine ausgedehnte Aussprache betrafte die des Antrag des Vorstandes und Ausschusses, für die Kasse ein eigenes Haus auf eigenem Grunde zu erbauen. Begründet wurde der Vorschlag damit, daß es für die Kasse vorteilhaft sei, aus der Abhängigkeit von privaten Hausbesitzern herauszukommen und an Stelle der jetzigen unangenehmen in hygienischer Beziehung ungenügenden Bureauhäuser eine fest dauernd ausreichende zu sichern. Die Kasse werde nicht nur bequemer und ungekört, sondern auch billiger in eigenen Hause wohnen. Von anderer Seite wurde eingewendet, daß die gegenwärtige Finanzlage der Kasse und der Stand der Krankenversicherungs-Versicherung es nicht ratsam erscheinen liege, größere Summen in Grundstücken und Häusern festzusetzen, die man schließlich unter Umständen mit Verlust wieder veräußern müsse. Mit großer Mehrheit wurde jedoch zunächst vom Antrage im Prinzip zugestimmt und sodann beschlossen, daß der bestehende engeren Hausbaukommission des Vorstandes und Ausschusses sechs Vertreter aus den Reihen der Delegierten einzuzuwählen. Diese verstärkte Kommission hat die Vollmacht, die Kasse weitere auf den Grunderwerb und den Bau des Kassenhauses Bezüge endgültig zu beschließen und ausführen zu lassen. Nach weiteren unpersönlichen Verhandlungen wurde Sonntag nach viertägiger Dauer die Generalversammlung Freitag nachmittag um 5½ Uhr geschlossen.

In der Woche vom 24. bis 30. Mai sind folgende Beträge eingegangen: Von der britischen Verwaltung in Hamburg M. 550, Spandau 400, Wittenau 100, Groß-Modern 100, Langen-
diebsh 100, Behrend 100, Sandsh 80. Summa M. 1430.
Zuschüsse erhielten: Hofen 5, Tammhalt M. 150, Baruth i. d. M.
M. 100, Lauffen a. Neckar 50. Summa M. 800.
Altona, den 30. Mai 1908.

Dom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Augsburg. Beim Transportieren von Trägern verlor ein Arbeiter mehrere Fingerglieder. Man muß die Kollegen immer wieder ermahnen, bei dieser gefährlichen Fingermörscherarbeit recht vorsichtig zu sein und besonders jede Hast zu vermeiden. Wenn bei irgend einer Arbeit, so muß für diese das Wort gelten: langsam und fest!

